

Beschlussbuch

Außerordentliche Mitgliederversammlung 2024



JUSOS MÜNSTER

Inhaltsverzeichnis

A1 Solidarität im Einkaufskorb: Für ein deutsches Gewerkschaftslabel	1
A2 Humanitäres Sondervermögen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).....	3
A3 Die Bahn als Rückgrat der Mobilität? Wo denn?.....	7
A4 Gegen die Sprachlosigkeit: Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben schützen, Leid anerkennen und Räume des Austauschs schaffen.....	10
A5 Für die Erhöhung des Taschengeldes für Kinder und Jugendliche in Kinderheimen und ähnlichen Anstalten	14
A6 Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend	16
A7 Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!.....	21



1 **A1 Solidarität im Einkaufskorb: Für ein deutsches** 2 **Gewerkschaftslabel**

3 Nicht erst in den letzten Jahren lässt sich weltweit eine wachsende Besorgnis über
4 Arbeitsbedingungen und faire Löhne beobachten. In Deutschland, wo die angebliche soziale
5 Marktwirtschaft ein Kernbestandteil unserer Gesellschaft sein soll, müssen wir sicherstellen,
6 dass die Rechte der Arbeitnehmer*innen geschützt und gefördert werden. Ein
7 Gewerkschaftslabel kann dabei eine entscheidende Rolle spielen. Es zeigt, dass Produkte und
8 Dienstleistungen unter fairen und sicheren Arbeitsbedingungen hergestellt wurden. Diese
9 Transparenz ermöglicht es den Verbraucher*innen, bewusst Entscheidungen zu treffen und
10 Unternehmen zu unterstützen, die sich für faire Arbeitspraktiken einsetzen.

11 Ein Blick in die Geschichte der USA zeigt, wie wirkungsvoll ein Gewerkschaftslabel sein kann.
12 Bereits im Jahr 1880 führte die Cigar Makers' International Union das erste Union Label ein,
13 um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Arbeiter*innen
14 vorzugehen. Die Einführung des Union Labels in den USA führte zu einer stärkeren Solidarität
15 unter den Arbeitnehmer*innen und einer erhöhten Sichtbarkeit der Gewerkschaften.

16 Ein Gewerkschaftslabel ist ein Symbol oder eine Marke, die anzeigt, dass ein Produkt oder
17 eine Dienstleistung von einem gewerkschaftlich organisierten Unternehmen hergestellt oder
18 erbracht wurde. Unternehmen werden motiviert, sich stärker für faire Arbeitsbedingungen und
19 die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften einzusetzen zu müssen, um das Gewerkschaftslabel
20 zu erhalten. Ein Gewerkschaftslabel kann die Marktwirtschaft ein Stück sozialer machen.
21 Gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitsrechtsexpert*innen und anderen relevanten
22 Akteur*innen sollen klare Kriterien für die Vergabe des Labels entwickelt werden. Diese
23 müssen regelmäßigen Überprüfungen und Aktualisierungen unterliegen. Eine umfassende
24 Informationskampagne soll die Bekanntheit und Akzeptanz des Labels bei Verbraucher*innen
25 und Unternehmen fördern.

26 Die Entwicklung und Einführung eines Gewerkschaftslabels muss in enger Zusammenarbeit
27 mit den Gewerkschaften, sowie mit Kammern und Verbänden stattfinden. Gewerkschaften
28 sind wesentliche Partner bei der Definition der Kriterien und der Überwachung der Einhaltung.
29 Langfristig soll das Gewerkschaftslabel gesetzlich verankert werden. Außerdem soll langfristig
30 die Reichweite des Gewerkschaftslabel auf die gesamten Wertschöpfungsketten ausweiten,
31 um Ausbeutung von Arbeiter*innen, durch die Verlagerung von Produktionsstätten ins
32 Ausland, ebenfalls zu bekämpfen. Dies könnte durch ein Gesetz zur Förderung fairer
33 Arbeitsbedingungen und zur Stärkung der Gewerkschaften geschehen. Das Gesetz sollte die
34 Rahmenbedingungen für die Vergabe des Labels festlegen und sicherstellen, dass die
35 Kriterien regelmäßig überprüft und aktualisiert werden. Außerdem soll das Gesetz ein



36 Grundkonzept zur Kooperation der Bundesregierung mit Gewerkschaften in Partnerländern
37 und den deutschen Auslandshandelskammern (AHK) vor Ort beinhalten.

38

39 **Wir fordern deshalb:**

- 40 • Die SPD soll sich aktiv für die Einführung eines bundesweit anerkannten
41 Gewerkschaftslabels einsetzen.
- 42 • Eine klare gesetzliche Verankerung des Gewerkschaftslabels, um faire
43 Arbeitsbedingungen und die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu schützen.
- 44 • Eine umfassende Informationskampagne zur Förderung der Bekanntheit und
45 Akzeptanz des Gewerkschaftslabels bei Verbraucher*innen und Unternehmen.



46 **A2 Humanitäres Sondervermögen für das Bundesministerium für** 47 **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

48 Angesichts der Kürzungen an Mitteln für das BMZ im von der Regierung beschlossenen
49 Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025, die mögliche Neuverhandlungen des Haushaltsentwurfs
50 aufgrund eine verfassungswidriger umwidmung von KfW-Mitteln, sowie die humanitären,
51 wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen dieser Entscheidung für Deutschland und die
52 Welt, wird die Gründung eines sog. humanitären Sondervermögens für das BMZ gefordert.

53

54 **Grundzüge**

55 Internationalismus ist ein Grundwert der Jusos. Das bedeutet, dass die Solidarität der Jusos
56 über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschlands hinausgeht. Dazu gehört das
57 Verantwortungsbewusstsein und das Engagement Deutschlands in der Welt zu fördern, um
58 soziale Ungleichheiten, die sowohl Auslöser, als auch Konsequenz militärischer, humanitärer,
59 sozialer und ökologischer Krisen sind, konsequent zu bekämpfen.

60 Ein weiterer Jusos-Grundwert ist der Feminismus. Seit dem Beginn der *Ampel*-Regierung gilt
61 die „feministische Entwicklungszusammenarbeit“ als zentrale Richtlinie für die deutsche
62 Entwicklungspolitik. Dabei werden humanitäre und entwicklungspolitische Vorhaben
63 umgesetzt, die Gleichstellung fördern, sowie diskriminierende und unterdrückende Strukturen,
64 von denen Frauen und Mädchen betroffen sind, bekämpfen.

65 Darüber hinaus sichert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die wirtschaftliche und
66 politische Stabilität der Bundesrepublik, Europas und der Welt. Die EZ hat positive
67 Auswirkungen auf verschiedene Politikfelder, sowohl in Deutschland als auch im Partnerland.

68 Im humanitären Bereich leistet die deutsche EZ einen enormen Beitrag, um Millionen
69 Menschen, die von Hungersnot oder Vertreibung bedroht oder betroffen sind,
70 lebensnotwendiger Unterstützung zu gewährleisten. Dabei ist das Ziel, die Zuspitzung oder
71 Wiederaufnahme von inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten, sowie die zwangsweise
72 Vertreibung von Menschen nach Europa zu vermeiden. Deutschland gilt im globalen Vergleich
73 zu den größten Geldgeber an humanitären Hilfswerken. Zurzeit sind weltweit laut der UN 362
74 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen: 18 Millionen im Sudan, 17 Millionen in
75 Afghanistan, 15,4 Millionen in der Ukraine und 2,8 Millionen in Nigeria. Zusätzlich hat sich, laut
76 dem UNHCR, von 2017 auf 2024 die weltweite Anzahl an gewaltsam vertriebenen Menschen
77 auf 13 Millionen verdreifacht. Vom Hungertod sind allein im Südsudan 5 Millionen Menschen
78 bedroht, darunter 4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Im Gazastreifen ist laut UN ca. jeder
79 Vierte vom Hungertod bedroht (eine halbe Million).



80 Im Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktzusammenarbeit wird durch die deutsche EZ
81 hochwertige berufliche und akademische Bildung in Partnerländern des BMZ gefördert. Das
82 schafft sowohl faire Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort, als auch gut
83 qualifizierte Fach- und Pflegekräfte, die in Deutschland dringend benötigt werden.
84 Beispielsweise braucht der Pflegebereich und das Bauwesen dringend Fachkräfte, um in
85 Deutschland jeweils bezahlbare Pflegedienstleistungen zu ermöglichen und mehr Wohnraum
86 zu schaffen. Durch die Stärkung der jeweiligen Bildungssysteme in den Partnerländern wird
87 ein *Brain-Drain-Effekt* vermieden: Zwar werden viele gut ausgebildete Fachkräfte nach
88 Deutschland auswandern, dabei werden aber die meisten vor Ort bleiben und das
89 Bildungswesen kann langfristig neue Fachkräfte ausbilden.

90 Das hat als weitere Auswirkung, dass sowohl die Wirtschaft im Partnerland, als auch die in
91 Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Außerdem wird durch die deutsche EZ, in Form von
92 nachhaltiger Verkehrs- (bspw. Radwege) und Energieinfrastruktur (grüner Wasserstoff) eine
93 nachhaltige Transformation der Wirtschaft in den Partnerländern und der deutschen
94 Lieferketten gefördert. Dadurch wird weltweit sowohl der Klimawandel bekämpft, als auch
95 wirtschaftlicher Wohlstand geschaffen.

96 Abschließend sichert die EZ Deutschland ein positives Ansehen und dadurch
97 außenpolitischen Einfluss in der internationalen Gemeinschaft. Dieser erlaubt es Deutschland
98 durch Diplomatie Länder, insbesondere des globalen Südens, für sicherheits- und
99 außenpolitische Vorhaben zu mobilisieren: von einer Abstimmung in der UN-
100 Generalversammlung bis hin zu Friedensgipfeln bezogen auf aktuelle Konflikte.

101

102 Vor diesem Hintergrund braucht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
103 und Entwicklung mehr Mittel als im Kabinett-Haushaltsentwurf vorgesehen werden, um der
104 o.g. Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und der internationalen Gemeinschaft
105 durch Entwicklungszusammenarbeit nachzukommen.

106

107 **Konkrete Forderungen**

108 Laut dem am 05. Juli im Bundeskabinett beschlossenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2025,
109 erhält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 10,3
110 Milliarden Euro. Das ist 1 Milliarde weniger als der für dieses Jahr beschlossene Etat. Schon
111 seit 2022 wurden die Mittel für das BMZ konstant gekürzt.

112 Dadurch setzt Deutschland Millionen Menschen in Lebensgefahr und riskiert seine eigene und
113 die wirtschaftliche und politische Stabilität seiner Partnerländer. Dabei würden aufgrund



114 kultureller und wirtschaftlicher Strukturen vulnerable Gruppen, wie Frauen und Mädchen, von
115 den Kürzungen stärker betroffen werden. Zu Recht kritisieren Hilfswerke diese Maßnahme und
116 warnen vor den negativen Folgen dieser Entscheidung. Selbst zur Zeiten der Corona-
117 Pandemie, die die größte Wirtschaftskrise seit dem Börsenabsturz von 1929, lag der BMZ-Etat
118 bei über 12 Milliarden Euro.

119 Diese Kürzungen widersprechen auch dem Koalitionsvertrag der *Ampel*-Regierung in dem
120 folgendes steht (siehe S. 117): „Deutschland wird den Aufwuchs der Mittel für humanitäre Hilfe
121 bedarfsgerecht verstetigen und erhöhen, auch mit Blick auf die sogenannten 'vergessenen
122 Krisen'“. Zu letzteren Krisen gehören u.a. der Konflikt im Sudan.

123

124 Unsere Forderungen sind:

125 • Die SPD-Bundestagsfraktion soll gemeinsam mit dem BMZ folgende
126 Handlungsoptionen in Betracht ziehen und mindestens eine davon umsetzen:

127 a. im Rahmen der anstehenden Haushaltsdebatte, sowie angesichts höherer
128 Steuereinnahmen vom Bund im ersten Halbjahr im Vergleich zum gleichen
129 Zeitraum im Jahr davor, und der möglichen Neuverhandlung des
130 Haushaltsentwurfs aufgrund verfassungswidriger Umwidmung von KfW-Mitteln;
131 soll der entsprechende Entwurf überarbeitet werden, sodass Mittel
132 verfassungskonform umverteilt werden, damit das BMZ den Bedarf für die
133 Umsetzung der humanitären und entwicklungspolitischen Leistungen für 2025
134 decken kann; und/oder

135 b. einen Gesetzentwurf zur langfristigen Finanzierung der benötigten humanitären
136 und entwicklungspolitischen Leistungen unter dem Namen „Humanitäres
137 Sondervermögen“ erarbeiten und verabschieden. Dies soll eine Alternative zur
138 Lockerung der Schuldenbremse sein, um die jungen Generationen vor zu
139 hohen Schulden und Zinszahlungen zu schützen.

140 (Ähnlich wie mit dem Bundeswehrfinanzierungs- und Sondervermögensgesetz
141 - BwFinSVermG)

142 • Dabei soll ein Fokus inhaltlich auf humanitäre Maßnahmen und Vorhaben der
143 internationalen Bildungs- und Arbeitsmarktzusammenarbeit, und organisatorisch auf
144 die Prüfung von Projektträgern in Konfliktzonen gelegt werden.

145 • Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit des BMZ, über unterschiedliche
146 Projektträgern, mit Kammern, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen und
147 Bildungseinrichtungen in der humanitären und entwicklungspolitischen
148 Zusammenarbeit Deutschlands.



- 149
- 150
- Ein weiterer Schwerpunkt dieser Forderung ist eine strengere Trägerprüfung, sodass bereitgestellte Mittel künftig in sicheren Händen landen und effizient eingesetzt werden.



151 **A3 Die Bahn als Rückgrat der Mobilität? Wo denn?**

152 „Die Bahn muss in ganz Deutschland zum Rückgrat der Mobilität werden“. So steht es im
153 Koalitionsvertrag der Ampelregierung. Doch wann kommt es endlich dazu?

154 Seit langem geht es der Bahn nicht gut. Ein Blick in die geplanten Maßnahmen im Bereich der
155 DB ermutigt jedoch auch nicht. Es scheint nur weiter rückwärtszugehen, ob bei den Preisen,
156 den Verbindungen oder auch den Arbeitsbedingungen.

157

158 **ÖPNV für alle? Leider nicht!**

159 Nach den Verhandlungen zum Bundeshaushalt für 2025 ist klar: Das Deutschlandticket wird
160 teurer. Das ist problematisch und muss verhindert werden. Bei Tickets für den ÖPNV muss es
161 preislich nach unten gehen, nicht nach oben.

162 Im Sommer 2022 wurde mit dem 9-Euro-Ticket bewiesen, dass kostengünstiger ÖPNV
163 durchaus möglich sein kann. Das Geld für eine Weiterführung fehlte aber und auch müsste
164 mehr investiert werden, um die Kapazitäten der Bahn zu erhöhen, um der gestiegenen
165 Nachfrage nachzukommen. Statt in den klimafreundlichen Verkehr mit hoher Nachfrage zu
166 vermehrt zu investieren, um das Testprojekt 9-Euro-Ticket auf Dauer zu etablieren, wurde mit
167 dem Deutschlandticket ein bundesweites ÖPNV-Ticket für 49 Euro eingeführt.

168 Im Vergleich zu früheren Ticketpreisen ist auch dies ein großer Schritt. So sind ca. 11,2
169 Millionen Menschen in Deutschland monatliche Nutzende des Tickets und insgesamt konnte
170 der ÖPNV einen Zuwachs von 8 Prozent verbuchen. Viele Menschen können die Mehrkosten
171 von 49 Euro im Monat jedoch nicht stemmen.

172 Für uns ist klar: Um den Zuwachs bei dem ÖPNV zu erhöhen, muss es, neben weitreichenden
173 Investitionen in die Sanierung der Bahn, zu einer Senkung des Preises für das
174 Deutschlandticket kommen.

175 Doch die Pläne im Verkehrsministerium sehen anders aus. Hier soll es nicht zu einer Senkung,
176 sondern zu einer Erhöhung des Ticketpreises kommen. Wie diese aussieht, ist bislang noch
177 unklar und soll auf einer Minister*innenkonferenz im Herbst festgelegt werden, die angepeilte
178 Richtung ist aber ganz klar eine falsche.

179 Statt der Weiterfinanzierung des 49-Euro-Tickets, mit circa einer Milliarde (geschätzt vom
180 VDV), will das FDP-geleitete Verkehrsministerium etwa weiter auf Dieselsubventionen mit
181 geschätzten acht Milliarden Euro jährlich setzen, oder das Dienstwagenprivileg stärker



182 unterstützten. Bei letzterem soll ein Auto mit Elektroantrieb statt wie bislang bis zu 70.000
183 Euro, bis zu 95.000 Euro kosten dürfen, um als Dienstwagen angeschafft werden zu können.
184 Luxusautos innerhalb des Dienstwagenprivilegs sind eine enorme Zweckentfremdung des
185 Konzeptes, die nun weiter gefördert wird. Im Gegensatz zu Firmenwagen lassen sich
186 Dienstwagen auch privat nutzen. Viele Kosten, die bei der Nutzung anfallen, lassen sich dann
187 vom Arbeitgeber finanzieren. Anschaffungskosten und Nutzungskosten werden dann vom
188 Staat subventioniert. Eine Erleichterung solcher Kosten kann bei Menschen mit geringem
189 Einkommen durchaus helfen; bei Luxusautos, die durch das Privileg starke
190 Steuererleichterungen erhalten, ist dies aber irrsinnig.

191 **„Wer soll das denn bezahlen?“**

192 Das Narrativ, dass nicht genug Geld da ist, wird meist mit der Schuldenbremse begründet, die
193 dafür sorgt, dass der Staat finanziell in seiner Handlung enorm eingeschränkt ist, was gerade
194 in Krisenzeiten dazu führt, dass nötige Investitionen in soziale Auffangnetze nicht möglich
195 scheinen. Mangelnde Investitionen führen hier zum weiteren Zerfall der gesamten
196 Infrastruktur. Die Schuldenbremse als Zukunftsbremse muss überwunden werden, um den
197 ÖPNV langfristig in den Vordergrund zu setzen. Außerdem gilt es weiterhin, das Steuersystem
198 so umzugestalten, dass die Reichen endlich ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

199 Beim Thema Deutschlandticket ist das nötige Geld aber in zweierlei Hinsicht vorhanden. Nicht
200 nur durch die Aufnahme von Schulden, sondern selbst trotz Lindners konsequenter Sparpolitik
201 ist Geld da, für eine Finanzierung von kostengünstigem ÖPNV. Der Fokus liegt in der
202 Ampelregierung und insbesondere bei Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hier nur
203 scheinbar stärker auf fossilen Energien und Privilegien für Besserverdienende als auf
204 Klimafreundlichkeit und dem Wohl der Allgemeinheit.

205 **Abbau, statt Aufbau?**

206 Die Bahn ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und fährt enorme Verluste ein. Zudem
207 nutzen weniger Menschen als im Vorjahr das Angebot der Deutschen Bahn.

208 Dazu kommt, dass die Pünktlichkeit im Fernverkehr im ersten Halbjahr bei 62,7 Prozent lag.
209 Das ist eine erhebliche Verschlechterung im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023. Angepeilt
210 war eine Quote von 70 Prozent. Wegen der erhöhten Schienenmaut droht neben höheren
211 Ticketpreisen eine Streichung einiger IC-Verbindungen. Konkrete Pläne wurden jedoch noch
212 nicht vorgelegt. Ein Ausbau des Schienenverkehrs ist weiterhin in Planung, aber die
213 Umsetzung lässt zu wünschen übrig.



214 Unter diesen Umständen ist ein Rückgang von der Nutzung des Schienenverkehrs nicht
215 verwunderlich - Bahnfahren wird nicht nur teurer, sondern auch eine pünktliche Ankunft und
216 das Bestehen von Zugverbindungen ist unsicher.

217 **Milliardenverluste bei der Deutschen Bahn - jetzt Stellenstreichungen?**

218 In den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 kam es zu Verlusten von 1,2 Milliarden Euro.
219 Gründe? Streiks, Extremwetter, Baustellen und eine schwächelnde Nachfrage, sagt die
220 Deutsche Bahn. Lösung? Stellenstreichungen. Außerdem sollen in den kommenden Jahren
221 rund 30.000 Vollzeitstellen entfallen, was fast 10% der Mitarbeitenden der Deutschen Bahn
222 sind. Ganz nach dem Motto „mehr Bahn mit weniger Menschen“.

223 Das Ziel: Durch Digitalisierung und Automatisierung sollen etwa administrative Aufgaben von
224 weniger Beschäftigten ausgeführt werden können und die Effizienz gesteigert werden.

225 Allerdings bedeuten diese Streichungen für zahlreiche Menschen auch mögliche
226 Arbeitslosigkeit. Wir kritisieren die prekäre Lage für die Beschäftigten der Deutschen Bahn,
227 aber auch die Umstände, unter denen Menschen in ganz Deutschland Bahn fahren

228 **Deshalb fordern wir:**

- 229 • Mittelfristig günstigere Ticketpreise, statt eine weitere Preiserhöhung; das
230 Deutschlandticket muss günstiger werden!
- 231 • Langfristig den ticketlosen Nahverkehr für alle
- 232 • mehr Investitionen in die Bahn, sowohl durch Schuldenaufnahme als auch durch
233 Prioritäten im Verkehrshaushalt
- 234 • Schluss mit dem Ausnutzen des Dienstwagenprivilegs für Luxusautos
- 235 • ein schneller, nachhaltiger Ausbau des Schienenverkehrs
- 236 • die Sicherung der beruflichen Situation von Beschäftigten der Deutschen Bahn



237 **A4 Gegen die Sprachlosigkeit: Antisemitismus bekämpfen,**
238 **jüdisches Leben schützen, Leid anerkennen und Räume des**
239 **Austauschs schaffen**

240 Am 7. Oktober 2023 griff die Hamas Israel mit dem größten Pogrom auf Jüd*innen seit der
241 Shoah an. Seitdem ist die Zahl antisemitischer Vorfälle weltweit immens gestiegen, auch in
242 Deutschland. Antisemitische Verschwörungsfantasien erleben ein erneutes gesellschaftliches
243 Hoch. Dabei wird häufig vergessen: Antisemitismus war nie verschwunden. Er tritt immer
244 wieder besonders in Erscheinung, wenn Gesellschaften Veränderung und Verunsicherung
245 spüren und dient als Motiv der Gegenreaktion auf die Moderne. Wann immer Menschen
246 einfache Lösungen auf gesellschaftliche Probleme suchen, sorgen tief verinnerlichte
247 antisemitische Einstellungen für eben diese einfachen Antworten, indem antisemitische
248 Narrative bedient werden. Es ist ein Motiv, das gerade deshalb so gefährlich ist, weil es in
249 bürgerlichen, religiösen, linken und rechten Kreisen geteilt wird.

250

251 Insbesondere Hochschulen standen in den vergangenen Monaten im Mittelpunkt, wenn es um
252 Antisemitismus ging. Auch in Münster gab es Veranstaltungen und Aktionen von Gruppen, die
253 gezielt antisemitische Narrative in den akademischen und wissenschaftlichen Diskurs
254 brachten. Diese Gruppen nutzen antisemitische Stereotype und übertragen sie auf Israel, um
255 den Staat an sich zu dämonisieren, auch mit Forderungen nach der Auslöschung des einzigen
256 Schutzraums jüdischen Lebens. Dazu kommen vermehrt verbale und körperliche Angriffe auf
257 Jüd*innen.

258

259 *Antisemitische Symbole unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit*

260 Bei der sogenannten *Langen Nacht der Bildung* der Fachschaften Politikwissenschaft und
261 Soziologie der Universität Münster wurden vom AStA mehrere antisemitische Aussagen
262 dokumentiert. Darüber hinaus tauchten in den vergangenen Wochen vermehrt Sticker in
263 Münster auf, die Israel als Kindermörder dämonisieren, was einem klassischen
264 antisemitischen Stereotyp entspricht. In anderen Städten markierten Gruppen Räume mit dem
265 umgedrehten Dreieck, das ein Symbol der Hamas zur Markierung ihrer Gegner ist und schon
266 im Nationalsozialismus für die Markierung der todgeweihten Insassen der Konzentrationslager
267 genutzt wurde. In den vergangenen Monaten wurde es immer wieder auf die Wände
268 israelischer Restaurants, an die Büros von Antisemitismusforscher*innen oder Politiker*innen
269 gesprüht.



270 Solche und viele weitere Vorfälle sorgen dafür, dass sich jüdische Studierende an
271 Hochschulen nicht mehr sicher fühlen. Teilweise trauen sich Jüd*innen nicht mehr in
272 Vorlesungen oder verstecken ihre jüdische Identität bewusst. Als Jusos nehmen wir es niemals
273 hin, dass sich jüdische Studierende und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, in
274 Münster bedroht fühlen. Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Menschen an den
275 Hochschulen ernst und sind laut, wenn es zu solchen verbalen und nonverbalen
276 Ausschreitungen kommt.

277

278 *Räume des Austauschs schaffen*

279 Gleichzeitig ist das menschliche Leid im Gaza-Krieg unermesslich, die Perspektive auf Frieden
280 im Nahen Osten scheint in weite Ferne gerückt und die Diskussion darüber noch weiter
281 verhärtet. Stimmen, die abwägen, Versöhnung und Zukunftsperspektiven schaffen, werden
282 noch seltener gehört. Unser Anspruch als Jusos muss es aber sein, dass wir dem großen Leid
283 der israelischen Geiseln, ihren Angehörigen, den Opfern und ihren Hinterbliebenen und den
284 unter dem Krieg leidenden Menschen in Gaza Raum geben. Nuancierte Positionen, die
285 Ambivalenzen, lange historische Entwicklungslinien und Emotionen anerkennen, werden im
286 Diskurs kaum beachtet. Das bedeutet, dass wir diese Räume auch gegen laute,
287 unversöhnliche Akteur*innen verteidigen müssen. Mit all dem geht es Gruppen wie *Palästina*
288 *Antikolonial* oder *Students For Palestine* nicht um eine Solidarität der unter dem Krieg
289 leidenden Zivilbevölkerung oder um den dringend notwendigen Dialog über eine friedliche
290 Koexistenz in Israel und Palästina. Vielmehr ist es unsere Pflicht, immer wieder darauf
291 hinzuweisen, dass einige dieser Gruppen aus Staaten wie Syrien oder dem Iran Mittel erhalten
292 und den konkreten politischen Interessen dieser Staaten folgen (mehr dazu u.a. hier:
293 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/samidoun-tarnung-fuer-terror-106121/>). Wir setzen
294 uns daher dafür ein, dass Gruppen, die Antisemitismus verbreiten, an der Uni und anderswo
295 keinen Platz bekommen.

296 Stattdessen wollen wir, dass es Räume gibt, um sich über Zukunftsperspektiven für Israelis
297 und Palästinenser*innen austauschen und verschiedene Perspektiven einbeziehen. Auch
298 müssen wir unsere antisemitismuskritische Arbeit weiterführen und uns aktiv mit lokalen und
299 überregionalen Akteur*innen vernetzen. Insbesondere die Jüdische Gemeinde, Studierenden-
300 und Hochschulgruppen, Antisemitismus-Meldestellen, Antisemitismusbeauftragte oder
301 Bildungsträger zählen dazu. Das kann im Rahmen gemeinsamer öffentlicher Veranstaltungen,
302 internen Vernetzungstreffen oder im Rahmen des Austauschs an kulturell bedeutenden Tagen
303 erfolgen. Die Kooperation sollte nicht nur kurzfristig erfolgen, sondern auf eine langfristige
304 Zusammenarbeit ausgerichtet sein. Nicht nur nach außen wollen wir sichtbar für ein sicheres



305 jüdisches Leben in Münster kämpfen, auch intern wollen wir für Empowerment von Jüd*innen
306 sorgen, indem wir ihnen einen sicheren Raum bieten.

307

308 *Verantwortung übernehmen, jeden Antisemitismus reflektieren und bekämpfen*

309 Der Austausch über Antisemitismus ist im Rahmen des wiederaufflammenden Nahostkonflikts
310 zu einer besonderen Herausforderung geworden, weil sich in der öffentlichen Debatte
311 besonders die lauten Stimmen zeigen. Anstatt einer Sprachlosigkeit und leiser Betroffenheit
312 wollen wir uns weiterbilden. Als Jusos erkennen wir dabei an, dass ganz unterschiedliche
313 Sozialisierungen Antisemitismus hervorbringen können. Die Antisemitismus-Arbeitsdefinition
314 der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) ist eine fundierte Grundlage für
315 unsere politische Positionierung, sie ist international und wissenschaftlich anerkannt.

316

317 Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass
318 gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder
319 Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen
320 jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

321

322 Als Erklärung schreibt die IHRA:

323 Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei
324 als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an
325 anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus
326 umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete
327 Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der
328 Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen,
329 er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

330

331 Mit diesem Antrag bekräftigen wir, dass die IHRA-Arbeitsdefinition unser Handeln leitet. Unser
332 Anspruch ist es weiterhin, auf den Antisemitismus anderer Gruppen und der Öffentlichkeit
333 gemäß dieser Arbeitsdefinition hinzuweisen. Wir übernehmen diese Verantwortung für diesen
334 gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus, auch wenn er ungemütlich ist, weil er
335 andere linke Gruppen betrifft. Dabei ist uns stets bewusst, dass wir aufgrund der deutschen
336 nationalsozialistischen Geschichte eine besondere Verantwortung tragen und setzen uns für
337 eine konsequente Aufarbeitung ein. Dabei stellen wir uns gegen rechte Narrative, die den



338 Fokus auf einen "importierten Antisemitismus" lenken wollen. Wir wollen alle Formen des
339 Antisemitismus klar benennen und bekämpfen.

340

341 Zusammengefasst:

342 • Raumnahme unterbinden: Wir stellen uns deutlich gegen die strategische Raumnahme
343 von Gruppen, die antisemitische Symbole und Narrative verbreiten.

344 • Jüd*innen schützen: Wir fordern ein Leben frei von Angst vor verbaler und nonverbaler
345 Gewalt für jüdische Menschen. Besonders an den Hochschulen Münsters.

346 • Perspektiven einbeziehen: Wir wollen jüdische Perspektiven in unserer Arbeit aktiv
347 empowern, indem wir ihnen einen sicheren Raum bieten

348 • Austausch verstärken: Wir wollen unseren eigenen Austausch mit der jüdischen
349 Gemeinde und den lokalen und überregionalen jüdischen Selbstorganisationen
350 vertiefen.

351 • Antisemitismus erkennen: Wir wollen mit unserer Bildungsarbeit die Facetten des
352 Antisemitismus immer wieder kennenlernen, um ihn aktiv bekämpfen zu können.

353 • Dialog pflegen: Wir setzen uns für einen Dialog ein, der das Leid der Israelis und
354 Palästinenser*innen mit dem Ziel einer friedlichen Koexistenz im Nahen Osten
355 einbezieht.



356 **A5 Für die Erhöhung des Taschengeldes für Kinder und Jugendliche** 357 **in Kinderheimen und ähnlichen Anstalten**

358 Kinder und Jugendliche in Kinderheimen haben, wie alle anderen Kinder und Jugendlichen
359 auch, ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das derzeitige Taschengeld
360 reicht oft nicht aus, um ihnen die Möglichkeit zu geben, am sozialen und kulturellen Leben
361 teilzunehmen, kleine persönliche Wünsche zu erfüllen oder eigene finanzielle Verantwortung
362 zu erlernen. Die Situation ist prekär und dass, obwohl der Taschengeldsatz am 01.01.2024
363 erhöht wurde. Im Moment ist das so geregelt, dass die Höhe des Taschengeldes sich nach
364 dem Alter der Kinder richtet. Eine Tabelle mit den aktuellen Zahlen wurde angefügt.

365 Im Folgenden werden Gründe genannt, warum die Taschengelderhöhung eine enorm
366 wichtige Entscheidung ist:

367 Eine Erhöhung des Taschengeldes würde ihnen mehr finanzielle Freiheit und
368 Unabhängigkeit ermöglichen. Dies ist besonders wichtig für ihre persönliche Entwicklung und
369 das Erlernen eines verantwortungsvollen Umgangs mit Geld. Kinder in Heimen sollten die
370 gleichen Möglichkeiten haben wie die Kinder, die in Familien leben. Ein angemessenes
371 Taschengeld würde dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und die Integration in
372 die Gesellschaft zu fördern.

373 Des Weiteren sollten die Taschengeldbeträge jährlich an die Inflation angepasst werden, um
374 die Kaufkraft zu erhalten. Dies ist eine notwendige Maßnahme, um sicherzustellen, dass die
375 Kinder und Jugendlichen stets den gleichen finanziellen Spielraum haben.

376 Die Lebenshaltungskosten steigen kontinuierlich. Kinder und Jugendliche in Heimen haben
377 oft eingeschränkte Möglichkeiten, ihre eigenen finanziellen Mittel zu verwalten. Ein
378 angemessenes Taschengeld ist notwendig, um ihnen ein Stück Selbstständigkeit und
379 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

380 Zusätzlich sollten Kinderheime mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um
381 pädagogische und soziale Aktivitäten für die Kinder und Jugendlichen zu fördern. Dies trägt
382 zu ihrer ganzheitlichen Entwicklung bei und stärkt ihre sozialen Kompetenzen.

383 Abschließend fordern wir ein transparentes und regelmäßiges Verfahren zur Überprüfung
384 und Anpassung der Taschengeldbeträge, um sicherzustellen, dass diese stets den aktuellen
385 Bedürfnissen und Lebenshaltungskosten entsprechen.

386 Forderung:



387 Das Taschengeld der Kinder und Jugendlichen muss erhöht werden. Es muss jährliche
388 Anpassungen des Taschengeldes an die Inflation geben. Zudem müssen
389 zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um pädagogische und soziale
390 Aktivitäten zu ermöglichen. Außerdem muss es eine Einführung eines transparenten
391 Verfahrens zur regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Taschengeldbeträge in
392 Kinderheimen geben.

393 Anhang:

394 Die folgende Übersicht zeigt die finanziellen Beträge, die für verschiedene Altersstufen in NRW
395 vorgesehen sind:

- 396 • **Stufe 1:** Vom Beginn des 5. Lebensjahres bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (4
397 und 5 Jahre) beträgt der Betrag **7,30 Euro**.
 - 398 • **Stufe 2:** Im 7. Lebensjahr (6 Jahre) erhält man **13,70 Euro**.
 - 399 • **Stufe 3:** Im 8. Lebensjahr (7 Jahre) beträgt der Betrag **20,30 Euro**.
 - 400 • **Stufe 4:** Im 9. Lebensjahr (8 Jahre) erhält man **27,60 Euro**.
 - 401 • **Stufe 5:** Vom Beginn des 10. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres (9 und 10
402 Jahre) beträgt der Betrag **34,10 Euro**.
 - 403 • **Stufe 6:** Im 12. Lebensjahr (11 Jahre) erhält man **40,90 Euro**.
 - 404 • **Stufe 7:** Im 13. Lebensjahr (12 Jahre) beträgt der Betrag **47,90 Euro**.
 - 405 • **Stufe 8:** Im 14. Lebensjahr (13 Jahre) erhält man **54,60 Euro**.
 - 406 • **Stufe 9:** Im 15. Lebensjahr (14 Jahre) beträgt der Betrag **72,60 Euro**.
 - 407 • **Stufe 10:** Im 16. Lebensjahr (15 Jahre) erhält man **79,60 Euro**.
 - 408 • **Stufe 11:** Im 17. Lebensjahr (16 Jahre) beträgt der Betrag **94,50 Euro**.
 - 409 • **Stufe 12:** Im 18. Lebensjahr (17 Jahre) erhält man schließlich **101,40 Euro**.
- 410

411 Diese Beträge spiegeln die finanzielle Unterstützung wider, die in den jeweiligen Altersstufen
412 bereitgestellt wird. (siehe: [RS Nr. 34/2023: Anpassung der Barbeträge \(Taschengeld\) nach §](#)
413 [39 Abs. 2 SGB VIII - LWL | Neues - LWL-Landesjugendamt](#))



414 **A6 Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der** 415 **Jugend**

416 Pistorius stellte im Juni 2024 ein neues Wehrdienstmodell vor. Geplant ist, dass künftig alle
417 wehrfähigen Männer und Frauen einen Fragebogen zu ihrer Haltung zur Bundeswehr
418 zugesandt bekommen. Nur die angeschriebenen Männer müssen diesen Fragebogen
419 verpflichtend beantworten und sich im Falle einer Einladung auch einer Musterung stellen. Das
420 Ableisten des neuen sechsmonatigen Grundwehrdienstes ist den Plänen zufolge zunächst
421 freiwillig. Mit dem Wiederaufbau der vor 13 Jahren ausgesetzten Erfassung von Wehrfähigen
422 macht Pistorius einen ersten Schritt in Richtung einer möglichen Wiedereinführung der
423 Wehrpflicht. Bei der Vorstellung seiner Pläne betonte der Minister wiederholt, dass mittelfristig
424 eine Regelung vorgesehen ist, die es erlaubt, junge Menschen auch gegen ihren Willen
425 einzuziehen. Mit seinen Überlegungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stößt Pistorius
426 keine neue Debatte an. Bereits seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die einer
427 Abschaffung von Wehr- und Zivildienst gleichkam, plädieren diverse Politiker*innen für ihre
428 Rückkehr. Die Diskussion beschränkt sich dabei nicht nur auf den Dienst bei der Bundeswehr,
429 sondern umfasst auch Überlegungen zur Einführung eines sozialen Pflichtjahres. Viele
430 Befürworter*innen argumentieren, dass eine allgemeine Dienstpflicht zur Stärkung der
431 Bundeswehr, des Katastrophenschutzes und Rettungsdiensten beitragen sowie soziale
432 Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen unterstützen könnte. Erst im Sommer 2022
433 entfachte Bundespräsident Steinmeier mit seiner Forderung nach einer „sozialen Pflichtzeit“
434 eine breite Diskussion und auch die CDU setzt sich jetzt sogar in ihrem neuen
435 Grundsatzprogramm für ein „Deutschland-Jahr“ ein, das sowohl militärische als auch zivile
436 Dienste umfassen würde. Klar ist, dass weder das vorgeschlagene Wehrdienstmodell noch
437 eine allgemeine Wehrpflicht strukturelle Probleme wie den Fachkräftemangel, die mangelhafte
438 Modernisierung sowie die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr lösen können.
439 Wieder einmal wird die Verantwortung für politische Versäumnisse auf die Schultern junger
440 Menschen abgewälzt.

441

442 **Eine Dienstpflicht löst den Fachkräftemangel nicht**

443 Angesichts des gravierenden Personal mangels in verschiedenen Bereichen sehen viele
444 Befürworter*innen die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen als wichtige
445 Maßnahme, um personelle Engpässe auszugleichen. Dies betrifft nicht nur die Bundeswehr,
446 sondern auch Bereiche wie das Gesundheitswesen, die ebenfalls unter akutem
447 Personal mangel leiden. Dabei kann der Mangel sowohl im Gesundheitssystem als auch in der
448 Bundeswehr nicht durch Schulabgänger*innen gelöst werden, da es sich in beiden Bereichen



449 vor allem um einen Mangel an hochqualifizierten Fachkräften handelt. In der Bundeswehr
450 herrscht insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen ein Mangel an Fachkräften. Dazu
451 zählen unter anderem Ingenieur*innen, Spezialist*innen für die Reparatur von
452 Kampfhubschraubern sowie IT-Fachkräfte, die Computernetzwerke betreuen und moderne
453 Fernmeldetechnik warten können. Im Bereich der Cyberabwehr sind besonders hohe
454 Spezialisierungen erforderlich. Aufgrund der Komplexität moderner Ausrüstungen und
455 Waffensysteme sind Wehrpflichtige nicht ausreichend qualifiziert, um den Personalmangel in
456 der Bundeswehr auszugleichen. Wer behauptet, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht
457 die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken könnte, lenkt von den eigentlichen Problemen
458 ab. Darüber hinaus müssten für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht die
459 Ausbildungsstrukturen völlig neu aufgebaut werden. Um wieder große Gruppen von
460 Wehrdienstleistenden auszubilden, müssten komplett neue organisatorische
461 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kasernen müssten neu gebaut oder erweitert,
462 zusätzliche Ausbilder*innen eingestellt und große Mengen militärischer Ausrüstung beschafft
463 werden. Der Aufwand und die finanziellen Mittel, die mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen
464 verbunden wären, stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Eine Wehrpflicht für wenige kann
465 hingegen im Sinne der Wehrgerechtigkeit keine Alternative darstellen. Die Entscheidung
466 darüber, wer ein halbes Jahr für die Bundeswehr dienen muss, sollte nicht dem Zufall oder
467 einer Losentscheidung überlassen werden.

468

469 **Deshalb fordern wir:**

- 470 • Rücknahme des vorgeschlagenen Wehrdienstmodells
- 471 • Spezifische Maßnahmen zur Anwerbung und Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte,
472 insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen wie IT, Cyberabwehr, und Technik

473

474 **Bessere Arbeitsbedingungen für eine stärkere Bundeswehr**

475 Wie bereits dargestellt hat die Bundeswehr einen erheblichen Fachkräftemangel. Besonders
476 Berufe wie Techniker*innen und Ingenieur*innen sind schwer zu besetzen, da die Industrie
477 häufig attraktivere Arbeitsbedingungen bietet. Dort finden Fachkräfte nicht nur bessere
478 Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, sondern auch allgemein bessere Arbeitsbedingungen.
479 Insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei
480 Kinderbetreuungsstrukturen kann die Bundeswehr nicht mithalten. Dies ist besonders
481 nachteilig für Frauen, da sie häufig stärker von der Notwendigkeit flexibler Arbeitszeiten und
482 einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie betroffen sind. Viele Soldat*innen beklagen
483 zudem Überstunden, die sich über mehrere Wochen summieren. Solche belastenden
484 Arbeitsbedingungen führen dazu, dass zahlreiche Soldat*innen vorzeitig aus dem Dienst



485 ausscheiden. Zudem haben sich die Wege zu den Arbeitsorten der Bundeswehr erheblich
486 verlängert. In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele Kasernen geschlossen, wodurch
487 die Bundeswehrstandorte oft weit von den Wohnorten der Soldat*innen entfernt liegen. Viele
488 von ihnen müssen jedes Wochenende hunderte Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu
489 gelangen. Auch bestehen trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiterhin
490 Probleme bei der Bundeswehr in Bezug auf Material und Finanzen. Viele
491 Bundeswehrkasernen sind in schlechtem Zustand, haben häufig nicht einmal funktionierendes
492 WLAN, und ein großer Teil der Ausrüstung ist defekt.

493 **Daher fordern wir:**

- 494 • Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsmodelle
- 495 • Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einschließlich besserer
496 Kinderbetreuungsstrukturen
- 497 • Investitionen in die Renovierung und den Ausbau von Kasernen
- 498 • Bessere Ausrüstung für Soldat*innen

499

500 **Rechtsextremismus bekämpfen und demokratische Werte stärken**

501 Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist, dass sie die
502 Bundeswehr repräsentativer aufstellen und weniger anfällig für verfassungsfeindliche
503 Bestrebungen machen würde. Diese Annahme ist nicht grundsätzlich falsch. Tatsächlich
504 sprechen die hierarchischen Strukturen der Bundeswehr, das Konzept der "Kameradschaft"
505 und das Militärische im Allgemeinen eher autoritär oder extremistisch denkende Menschen an.
506 Wer jedoch die Wehrpflicht als alleinige Lösung betrachtet, verkennt die tatsächliche Lage. Zu
507 lange wurden innerhalb der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums
508 strukturelle Probleme als "Einzelfälle" abgetan, und notwendige Reformen wurden
509 aufgeschoben. Erst nach einer Vielzahl von "Einzelfällen" und dem Verschwinden erheblicher
510 Munitionsmengen wächst die Sensibilität für dieses Thema innerhalb der Bundeswehr, was
511 sich beispielsweise an der verstärkten Nutzung von Meldestellen zeigt. Neben der inneren
512 Verantwortung der Bundeswehr, keinen Raum für Rechtsextremismus zu lassen, stellt sich
513 auch die Frage nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Rolle. Gerade der russische Angriffskrieg
514 gegen die Ukraine hat die Bedeutung des Militärs als Verteidiger der Demokratie wieder
515 stärker in den Fokus gerückt. Wünschenswert wäre, dass das von der Zeitenwende
516 ausgehende Umdenken dazu führt, dass die Bundeswehr nicht durch eine Faszination für
517 Waffen, Kameradschaft und übertriebenen Nationalismus attraktiv wird, sondern weil sie
518 essentiell ist, um demokratische Staaten und ein friedliches Europa vor autoritären Kräften zu
519 verteidigen. Das kann die Bundeswehr jedoch nur leisten, wenn sie auch intern vor diesen
520 Kräften geschützt ist. Im klaren Widerspruch zu diesem Verständnis von republikanischer



521 Landesverteidigung stehen die aktuell öffentlich gewordenen Ergänzungen des
522 Traditionserlasses der Bundeswehr von 2018. Ehemalige NSDAP-Mitglieder, ein „Fliegerass“
523 der Luftwaffe oder der erfolgreichste U-Boot-Kapitän des II. Weltkrieges können auch nach
524 der Zeitenwende keine unkritisch positiven Traditionslinien der Bundeswehr sein. Das Bild
525 einer die Demokratie und Freiheit schützenden Bundeswehr muss sie deshalb auch nach
526 außen transportieren und bei der Rekrutierung leben.

527 Wir fordern daher:

- 528 • Ausweitung der bereits verpflichtenden Schulungen zu demokratischen Werten und
529 Anti-Extremismus auf alle Dienstgrade und Einsatzgebiete. Dabei sollten auch
530 regelmäßige Auffrischkurse eingeführt werden
- 531 • Ausbau der anonymen Meldesysteme, um eine noch niedrigschwelligere und sicherere
532 Möglichkeit für Meldungen zu bieten
- 533 • Förderung der Bekanntheit dieser Meldesysteme innerhalb der Bundeswehr durch
534 Informationskampagnen
- 535 • Überarbeitung der Rekrutierungsverfahren, um sicherzustellen, dass Bewerber*innen
536 gründlich auf rechtsextremistische Neigungen überprüft werden
- 537 • Umfassendere Untersuchung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Vorfälle
538 innerhalb der Bundeswehr
- 539 • Die Überarbeitung des Traditionserlasses der Bundeswehr, um sie als republikanische
540 Parlamentsarmee zu stärken

541

542 **Freiwilliges Engagement statt Zwangsdienst**

543 Soziales Engagement ist zweifellos bereichernd und kann sowohl den gesellschaftlichen
544 Zusammenhalt als auch die Demokratie stärken. Dies kann jedoch nicht durch Zwang erreicht
545 werden. Abgesehen davon, dass ein soziales Pflichtjahr gemäß der Verfassung als
546 Zwangsdienst verboten ist und nur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht werden
547 könnte, würde ein verpflichtendes soziales Jahr einen tiefen Einschnitt in die persönliche
548 Freiheit und Lebensplanung junger Menschen darstellen. Freiwilliges Engagement motiviert
549 durch persönliche Überzeugung und das Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung
550 trägt wesentlich mehr zur Förderung des Gemeinwohls bei. Junge Menschen, die sich aus
551 eigenem Antrieb sozial engagieren, entwickeln ein nachhaltiges Verständnis für soziale
552 Belange und tragen langfristig zu einer solidarischeren und demokratischeren Gesellschaft
553 bei. Ein erzwungenes soziales Pflichtjahr hingegen könnte zu Widerstand und Ablehnung
554 führen, wodurch der eigentliche Zweck des Engagements – nämlich die Stärkung des
555 Gemeinschaftsgefühls und der demokratischen Werte – konterkariert würde. Zudem ist Zwang
556 gar nicht nötig, um junge Menschen davon zu überzeugen, sich zu engagieren, denn sie



557 bringen sich weit mehr ein als andere Altersgruppen. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum
558 zeigte, dass zwei Drittel der jungen Menschen ehrenamtlich aktiv sind. Jedes Jahr gibt es mehr
559 Bewerber*innen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den Bundesfreiwilligendienst, als
560 angenommen werden können. Es braucht also keinen Zwang, sondern vor allem eine
561 Erweiterung des Angebots an Freiwilligendiensten. Dies ist besonders relevant, da erst dieses
562 Jahr die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt wurden, was zu einem großen Aufschrei von
563 Freiwilligendienstveranstaltern führte und sogar eine Petition nach sich zog. Eine bessere
564 finanzielle Ausstattung und Unterstützung dieser Programme wäre ein sinnvoller Schritt, um
565 das freiwillige Engagement junger Menschen zu fördern und den gesellschaftlichen
566 Zusammenhalt zu stärken. Auch sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie
567 Freiwilligendienste attraktiver gemacht werden können, bevor über die Einführung eines
568 Pflichtjahrs gesprochen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei finanzielle Aspekte. Die
569 derzeitigen rund 400 Euro pro Monat sind unzureichend für die Finanzierung eines Dienstes,
570 insbesondere da in der Regel weder Unterkunft noch Fahrtkosten übernommen werden. Das
571 führt dazu, dass sich viele junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen ein FSJ
572 entscheiden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung wäre ein entscheidender Schritt,
573 um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation die
574 Möglichkeit haben, sich zu engagieren. Nur so kann die Teilnahme an Freiwilligendiensten
575 wirklich attraktiv und zugänglich gemacht werden.

576

577 **Wir fordern daher:**

- 578 • Ausbau der Kapazitäten für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige
579 Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD)
- 580 • Anhebung der monatlichen Vergütung für Freiwilligendienste auf den Mindestlohn
- 581 • Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Organisationen die
582 Freiwilligendienste durchführen
- 583 • Vertragliche Sicherstellung, dass Freiwilligendienstleistende keine Aufgaben von
584 Fachkräften übernehmen müssen, für die sie nicht qualifiziert und/oder nicht
585 ausreichend bezahlt sind
- 586 • Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anerkennung von Freiwilligendiensten
587 durch Zertifikate und Vorteile bei der Bewerbung um Ausbildungs- und Studienplätze
- 588 • Ausbau der Informationsangebote über Freiwilligendienste, z.B. an Schulen



589 **A7 Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort** 590 **beenden!**

591 Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaften in Deutschland gab es für Einreisende
592 Grenzkontrollen. Nun bezeichnen Politiker*innen die Grenzkontrollen als vollen Erfolg als
593 Mittel gegen illegale Migration und Forderungen aus vielen Ecken werden laut, diese
594 beizubehalten. Das diese Debatte nicht nur rassistisch, sondern auch kein sinnvolles Mittel ist,
595 ist für uns Jusos klar!

596 Die Debatte, von unter anderem auch SPD, Grenzkontrollen jetzt als wirksames Mittel
597 einsetzen zu wollen, ist rein populistisch motiviert um im rechten Spektrum Wähler*innen
598 abzufischen. Das alles passiert unter dem Deckmantel von Sicherheitsbedenken. Wer
599 ernsthaft denkt, durch Grenzkontrollen zu Deutschland illegale Migration bekämpfen zu
600 können, verrät entweder nur sein eigenes Unverständnis von globaler Politik oder zeigt seine
601 rassistische Weltanschauung. Denn klar ist, die Migration an sich und vor allem
602 Fluchtursachen werden durch Grenzkontrollen nicht bekämpft. Wenn ein Mensch flüchtet, wird
603 damit ein eh schon hohes Sicherheitsrisiko in Kauf genommen. Die Entscheidung, in die EU
604 zu flüchten, ist also schon gefallen. Durch Grenzkontrollen wird sich diese Entscheidung dann
605 auch nicht mehr ändern lassen. Was allerdings passiert, ist das man die Gefahr für Geflüchtete
606 auf ihrer Fluchtroute verstärkt. Denn wenn bekannt ist, das an den Grenzen zu Deutschland
607 kontrolliert wird, erhöht man damit die Gefahr, dass Geflüchtete sich an Schmuggler*innen und
608 Schleuser*innen wenden, um auf unscheinbarerer, womöglich sehr gefährlichen Routen nach
609 Deutschland zu kommen.

610 Auch bedient die Forderung nach Kontrollen an den deutschen Außengrenzen den Mythos der
611 Push- und Pull-Faktoren. Bei der migrationswissenschaftlich schon lange widerlegten
612 „Theorie“ handelt es sich um die Annahme, dass bestimmte Faktoren Menschen überhaupt
613 erst dazu veranlassen würde zu flüchten. Klar ist aber, der Grund für Flucht aus dem eigenen
614 Land ist immer eine Bedrohungssituation vor Ort. Trotzdem lässt sich zunehmend beobachten,
615 dass Asyl- und Migrationspolitik sich an diesem Mythos orientiert. Als aktuelle Beispiele lassen
616 sich dafür der Ruanda-Deal in Großbritannien oder auch die Einführung der Bezahlkarte in
617 Deutschland nennen. Und so ist auch die Analyse, Grenzkontrollen in Deutschland würden
618 Migration verhindern, schlichtweg falsch.

619 Die aktuelle Debatte zeigt noch einmal mehr, dass sich auf rechte Hetze eingelassen wird,
620 statt tatsächlich wirksame Asyl- und Migrationspolitik umzusetzen. Wir als Jusos fordern schon
621 lange eine humane Politik, die unter anderem sicher Fluchtrouten und eine feministische
622 Außenpolitik verlangt.



623 Verstärkt wird das Ganze zusätzlich, wenn man einen kurzen Blick auf die EU-rechtliche Lage
624 wirft. Der Schengen-Kodex – wie das EU-Recht heißt, welches die Grenzkontrollen regelt –
625 besagt, dass EU-Staaten Grenzkontrollen mit einer Maximaldauer von bis zu drei Jahren
626 einführen dürfen. Bedingung dafür ist, dass "Die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit
627 ernsthaft bedroht" muss. Angebliche Gefahren durch Migration werden dabei immer wieder
628 als Begründung geliefert, wie zum Beispiel auch in Österreich. Hier werden die
629 Grenzkontrollen mit dieser Begründung seit mehreren Jahren immer wieder verlängert, und
630 dass obwohl zwischenzeitlich der EuGH eingeschaltet wurde. Der allgemein herrschende
631 Rassismus zeigt sich also auch darin, dass Migration als ernsthafte Gefahr für die innere
632 Sicherheit gewertet wird, sodass Grenzkontrollen fortlaufend genehmigt werden.

633

634 Aber nicht nur beim Thema Asyl- und Migration wirken Grenzkontrollen innerhalb der EU
635 destruktiv. Vorrübergehende Grenzkontrollen führten in der Vergangenheit zu übermäßigen
636 Staus, was vor allem Pendler*innen und den Handel eingeschränkt hat. Grenzkontrollen haben
637 also auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Und auch realistisch betrachtet ist die
638 Umsetzung der Kontrollen nur schwierig personell zu stemmen, wie beispielsweise die
639 Gewerkschaft der Polizei anmerkt.

640 Die Debatte über die Grenzkontrollen ist noch in einer weiteren Hinsicht mehr als fragwürdig.
641 Wenn man junge Menschen im EU-Wahlkampf gefragt hat, was sie mit der EU verbinden,
642 dann war eine der häufigsten Antworten: Reisefreiheit.

643 Auch während des Wahlkampfes wurde von Politiker*innen immer wieder die Reisefreiheit als
644 größte Errungenschaft der EU genannt. Es ist hämisch, dies nur wenige Wochen nach der
645 Europawahl nun wieder in Frage zu stellen.

646

647 **Deshalb fordern wir:**

- 648 • Keine Grenzkontrollen, sowohl an der deutschen Grenze als auch im Rest der EU
- 649 • Scheindebatten um die Grenzkontrollen durch neue und solidarische Ansätze und
650 Theorien bereichern
- 651 • Das Respektieren des geltenden EU-Rechts ohne das Suchen von Schlupflöchern
- 652 • Die vollständige Erhaltung von Reisefreiheit innerhalb der EU
- 653 • Sichere Fluchtrouten und eine humane Asyl- und Migrationspolitik, die sich nicht am
654 Push- und Pull-Mythos orientiert, beispielsweise durch die Stärkung von Zentren für
655 Migration und Entwicklung, die vom BMZ finanziert werden

656